

# Niederschrift

## über die 33. Sitzung des Rates der Stadt Jever

**Sitzungstag:** 25.02.2016  
**Sitzungsort:** Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus  
**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 20:45 Uhr

### Teilnehmerverzeichnis:

#### **Vorsitzende**

Vredenborg, Elke

#### **Ratsmitglieder**

Albers, Jan Edo Bürgermeister

Albers, Udo

Andersen, Klaus

Bunjes, Gertrud

Fessel, Jörg

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Husemann, Horst-Dieter

Bis 20.20 Uhr, Sitzung verlassen vor Abstimmung zu TOP 14

Janßen, Dieter

Jong-Ebken, Roswitha de

Kourim, Frank

Lange, Hans-Jürgen

Reck, Renate

Schönbohm, Heiko

Schüdzig, Herbert

Sender, Alfons

Vahlenkamp, Dieter

Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.

Wolken, Wilfried

Zielke, Beate

Zillmer, Dirk

#### **Verwaltung**

Größ, Alexander

Meile, Manfred

Noack, Christian

Rüstmann, Dietmar

Steenker, Heiko

## **Entschuldigt waren:**

### **Stellvertretende Vorsitzende**

Huckfeld, Renate

### **Ratsmitglieder**

Bollmeyer, Matthias Dr.

Feldmann, Monika

Ludewig, Enno

Rasenack, Marianne

Thomßen, Almuth

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende**

Die Ratsvorsitzende eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

#### **TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder**

Die Ratsvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der zuvor genannten Ratsmitglieder fest.

#### **TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Die Ratsvorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

#### **TOP 4. Feststellen der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt festgestellt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

#### **TOP 5. Genehmigung des Protokolls Nr. 32 über die Sitzung des Rates vom 10. Dezember 2015 - öffentlicher Teil -**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

#### **TOP 6. Bericht des Bürgermeisters über**

#### **TOP 6.1. Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

**Der Bürgermeister** informiert über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses in den Sitzungen vom 16.02. und 25.02.2016. Eine Aufstellung dieser Beschlüsse ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anschließend gibt **VA Größ** den Baubericht Nr. 28/2011-2016 über den Zeitraum vom 08.12.2015 bis 23.02.2016 bekannt, der dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt ist.

## **TOP 6.2. Wichtige Angelegenheiten der Stadt**

**Bürgermeister Albers** gibt bekannt, dass es eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 8.268,53 € im Bereich der Straßenunterhaltung gegeben habe. Hierbei handele es sich um Instandsetzungen von Schlackewegen zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht. Somit konnte auf die Weiterbearbeitung durch den Rat nicht gewartet werden.

Sodann teilte **der Bürgermeister** mit, dass er sehr erfreut verkünden könne, dass der Kollege aus Cullera mit einer größeren Delegation aus 10-15 Personen im September nach der Kommunalwahl Jever besuchen wolle.

## **TOP 7. Anträge und Beantwortung von Anfragen**

-keine-

## **TOP 8. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -**

**Die Vorsitzende** unterbricht die Sitzung um 19.10 Uhr, um anwesenden Bürgern die Gelegenheit zu geben, Fragen an den Rat der Stadt Jever zu stellen. Da hiervon kein Gebrauch gemacht wird, eröffnet **die Vorsitzende** die Sitzung um 19.12 Uhr erneut.

## **TOP 9. Sanierungsgebiet IV "Lohne/Schlachte/Hooksweg"; hier: Erlass von Richtlinien über die Gewährung von Fördermitteln für die Modernisierung und Instandsetzung von Gebäuden im Sanierungsgebiet IV "Lohne/Schlachte/Hooksweg" der Stadt Jever im Rahmen des Städte- bauförderungsprogramms "Städtebaulicher Denkmalschutz"**

**PlanA Nr. 35 vom 10. Februar 2016**

**VA Nr. 70 vom 16. Februar 2016**

**Vorlage: BV/1084/2011-2016**

**RF Glaum** begrüßt, dass das Sanierungsgebiet in trockenen Tüchern sei. Ihre Fraktion sehe es nicht so, wie manchmal zu hören sei, dass es schon mal Sanierungsgebiet gewesen sei und in diesem Bereich nicht wieder investiert werden müsse. Man sehe sehr wohl einen Bedarf für Investitionen. Es gebe in diesem Bereich zahlreiche Häuser, die seit langem leer stünden und eigentlich fast Ruinen seien. Hinzu käme das „Mattenlager“ und bei der Kampputte und der Schlachtmühle könne nun unter der Berücksichtigung des Denkmalschutzes saniert und investiert werden.

Ihre Fraktion sei somit sehr zufrieden damit, dass die Stadt Jever das nun in Angriff nehme und begrüße ebenso die Gestaltungssatzung, die vom Bürgermeister zuvor angesprochen worden sei. Es handele sich hier um eine alte Forderung ihrer Fraktion. Sie hoffe, dass man

dadurch zukünftig die Bausünden vermeiden könne, die es leider bereits an der Schlachte gebe. Sie könne sich gut vorstellen, dass es durchaus sinnvoll gewesen wäre, wenn man dies seinerzeit auch in der Innenstadt gemacht hätte, das hätte vermutlich einiges an Ärger erspart. Ihre Fraktion werde den Richtlinien zustimmen.

**RH Schönbohm** erklärt, dass seine Fraktion dem Sanierungsgebiet aus finanziellen Erwägungen nicht zugestimmt habe. Der Hauptgrund für die Ablehnung seiner Fraktion sei gewesen, dass das ursprüngliche Gebiet auch noch erweitert worden sei. Man habe die Mehrheiten zur Kenntnis zu nehmen, werde sich aber zumindest zu diesem ersten Punkt zum Sanierungsgebiet der Stimme enthalten.

#### **Beschlussvorschlag:**

***Der Rat der Stadt Jever beschließt die der Beschlussvorlage anliegende Richtlinie über die Gewährung von Fördermitteln für die Modernisierung und Instandsetzung von Gebäuden im Sanierungsgebiet „Lohne/Schlachte/ Hooksweg“ der Stadt Jever im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 17 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

**TOP 10. Sanierungsgebiet IV "Lohne/Schlachte/Hooksweg";  
hier: Antrag auf Gewährung von Sanierungsmitteln für die Sanierung  
des Baudenkmals Schlachtmühle**

**PlanA Nr. 35 vom 10. Februar 2016**

**VA Nr. 70 vom 16. Februar 2016**

**Vorlage: BV/1100/2011-2016**

Ohne Aussprache beschließt der Rat der Stadt Jever:

#### **Beschlussvorschlag:**

***Dem Antrag des Zweckverbandes Schlossmuseum auf Förderung der denkmalgerechten Erstellung und Montage einer neuen Galerie aus einer reinen Holzkonstruktion in Eiche aus Sanierungsmitteln wird bis in Höhe von 60.000,00 Euro stattgegeben.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11. Verkehrsberuhigter Bereich in der Altstadt;  
hier: Ausführung der verkehrsberuhigten Straßen und Ausweisung der  
möglichen Parkplätze**

**PlanA Nr. 35 vom 10. Februar 2016**

**VA Nr. 70 vom 16. Februar 2016**

**Vorlage: BV/1105/2011-2016**

**RH Harms** führt aus, dass dieses Thema den Rat schon seit geraumer Zeit beschäftige. Die SWG-Fraktion habe den Antrag gestellt, den Kirchplatz im Hinblick auf die vielen Gäste und Touristen verkehrsberuhigt zu gestalten. Bei der nun vorliegenden Planung solle quasi die gesamte Altstadt verkehrsberuhigt ausgewiesen werden. Probleme bestünden nach wie vor in der St.-Annen-Straße, in der zurzeit, auf Initiative der SWG, Einrichtungsverkehr festgeschrieben sei, was zu einer Erhöhung der Sicherheit der Fußgänger beigetragen habe.

Bezüglich des linken Gehweges stadtauswärts sei nach wie vor strittig, ob er in Privateigentum stehe oder nicht. Das Parken dort behindere weiterhin den fußläufigen Verkehr. In der Altstadt gebe es viele schmale Straßen, in denen das Durchfahren bedingt durch parkende Fahrzeuge sehr erschwert werde. Er sei der Meinung, man solle erst einmal mit dem Kirchplatz beginnen. Es gebe keine Notwendigkeit an der bestehenden Regelung z.B. in der St.-Annen-Straße etwas zu ändern. Die Verkehrssicherheit sei nur so gut, wie sich alle an die

Regeln hielten. Aus den dargelegten Gründen beantrage er, heute nur über den Kirchplatz abzustimmen. Bezüglich der übrigen Bereiche solle noch einmal die Polizei mit einbezogen werden, die Verkehrswacht habe die nötige Erfahrung und könne sicherlich gute Vorschläge einbringen.

**RH Schönbohm** stellt die Frage, ob mit dem heutigen Beschluss automatisch die Wiedereinführung des Begegnungsverkehrs in der St.-Annen-Straße beschlossen werde. Das gehe seiner Meinung aus der Beschlussvorlage nicht eindeutig hervor. Wenn dies so sei, widerspreche das ihrem Antrag zur St.-Annen-Straße. Eine Verkehrsberuhigung für den Kirchplatz unterstütze man zwar, aber einer Wiedereinführung des Begegnungsverkehrs in der St.-Annen-Straße durch die Hintertür könne man nicht zustimmen.

**Bürgermeister Albers** erwidert, dass im Dezember ein Grundsatzbeschluss gefasst worden sei, der eben diese Gegenläufigkeit für die St.-Annen-Straße beinhaltet habe und der auch heute nicht auf der Tagesordnung stehe. Heute stehe die Umsetzung des verkehrsberuhigten Bereiches im Hinblick auf die Frage der Parkplätze und zwar in den anderen Straßen. In der St.-Annen-Straße sei keine Einrichtung von Parkbuchten geplant. Es gehe lediglich um die Ausführung der verkehrsberuhigten Straßen und die Ausweisung der möglichen Parkplätze.

**RH Janßen** erklärt, dass es der richtige Weg sei, den gesamten Bereich der Altstadt als verkehrsberuhigten Bereich auszuweisen. Den Antrag der SWG, die Ausweisung auf den Kirchplatz zu beschränken, lehne seine Fraktion ab. Schon im Rahmen der Kirchplatzsanierung habe seine Fraktion beantragt, Schrittgeschwindigkeit einzuführen. Damals sei der Antrag leider abgewiesen worden; nun sehe die Situation anders aus. Am 05.11.15 habe der Rat einstimmig das vorgeschlagene Grundkonzept zur Verkehrsberuhigung im Bereich der Altstadt beschlossen. Die Verwaltung habe gute Vorarbeit geleistet und ein aus seiner Sicht schlüssiges Konzept vorgelegt. Seit Jahren gehe es darum, dass die Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ausreichend Platz bräuchten, um ihre Arbeit leisten zu können. Wichtig sei seiner Fraktion, dass die Sicherheit immer an vorderster Stelle stehen müsse. Bisläng sei dies nicht überall der Fall, die Missstände würden mit dem vorliegenden Konzept behoben.

Ein ebenfalls wichtiger Aspekt sei, dass durch die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Altstadt die Aufenthaltsqualität insbesondere auch für Touristen ebenso verbessert werde, wie die Verkehrssituation vor allem der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Die Kosten der nun geplanten Maßnahmen seien nicht so erheblich, als dass man sie im Falle, dass sie sich nicht bewährten, nicht wieder rückgängig machen könnte.

**RF Glaum** führt aus, dass Ihrer Fraktion die Zustimmung der Anwohner sehr wichtig gewesen sei und die Anwohner seien mit den geplanten Maßnahmen einverstanden. Weiterhin seien die Maßnahmen mit dem Verkehrsplaner abgestimmt. Außerdem sehe sie es genau wie Herr Janßen ausgeführt habe, als Modellversuch. Wenn es sich nicht bewähren könne man das Ganze auch wieder rückgängig machen.

**RH Hartl** erinnert daran, dass sich der Rat seit Jahren bemühe einen Generalverkehrsplan in das Verkehrsleitkonzept zu bekommen. Die Ausführungen des Bürgermeisters wolle er noch einmal unterstreichen. Man habe in 3 Arbeitskreisen ein Verkehrsleitkonzept für die ganze Stadt erarbeitet, das im Frühjahr beschlossen werden solle, evtl, mit kleinen Änderungen. Aus diesen Beratungen gehe die Planung für eine Verkehrsberuhigung innerhalb der Graften hervor. Man habe diese Idee für gut befunden und beschlossen diese umzusetzen. Er warne davor, bei den Bedenken, die von der SWG vorgebracht worden seien, bei der Umsetzung Bausteine aus dem Gesamtkonzept herauszunehmen und anders zu regeln. Seine Fraktion sei der Meinung, man solle dieses Konzept, so wie von der Verwaltung vorgeschlagen und mit den Anliegern abgestimmt, umsetzen.

**RH Husemann** schließt sich den Ausführungen von RF Glaum und RH Janßen an. Es sei zum Thema alles gesagt worden, seine Fraktion stimme für den Beschlussvorschlag.

**BGM Albers** führt zum Antrag von RH Harms aus, dass eine singuläre Lösung für den Kirchplatz technisch nicht möglich sei, da man die Schilder nicht aufstellen könne. Eine Umsetzung, wie von RH Harms beantragt, sei nicht möglich.

Da **RH Harms** seinen Antrag aufrecht erhält lässt **die Vorsitzende** über den Antrag von ihm abstimmen:

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 7 Nein 17 Enthaltung 0

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den vorgelegten Beschlussvorschlag abstimmen:

### **Beschlussvorschlag:**

***Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrsberuhigung gemäß den in den Anlagen vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11.1. Frl.-Marien-Straße;  
Verzicht auf Umsetzung der Verkehrsberuhigung  
Antrag der SWG-Fraktion vom 3. Februar 2016**

**PlanA Nr. 35 vom 10. Februar 2016  
VA Nr. 70 vom 16. Februar 2016  
Vorlage: AN/1113/2011-2016**

Mit der Beschlussfassung zum vorherigen Tagesordnungspunkt hat sich dieser Antrag erledigt.

Zur Kenntnis genommen

**TOP 12. Neubau einer Kindertagesstätte mit drei Kindergartengruppen und einer Krippengruppe; hier: Grundsatzbeschluss**

**SchuJuA Nr. 19 vom 21. Januar 2016  
VA Nr. 69 vom 2. Februar 2016  
Vorlage: BV/1083/2011-2016**

**RH Janßen** führt aus, dass bereits mit der Entscheidung zum Masterplan der Neubau eines Kindergartens an der Hammerschmidtstraße beschlossen worden sei. Seine Fraktion bedanke sich, für die frühzeitige Einbeziehung in die Planungen seitens der Verwaltung. Die SPD-Fraktion stehe voll hinter dem Projekt, zumal der Standort sehr zentral gelegen sei zum neuen Wohngebiet und zu den einzelnen Schulen. Seine Fraktion sei auch für den Durchstich zur Händelstraße, denn dadurch werde die Verkehrsbelastung für die Hammerschmidtstraße abgemildert. Es werde ein moderner neuer Kindergarten für Kindergarten- und Krippenkinder entstehen, der auch darauf ausgelegt sei, Flüchtlingskinder zu betreuen und zu integrieren. Man schaffe mit dem Neubau ausreichend Kapazitäten und das auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit und Qualitätsverbesserung. Unter dem Stichwort Parkplätze sei viel diskutiert worden. Seine Fraktion sei damit einverstanden, einen Teil des Bolzplatzes an der Hammerschmidtstraße dafür zu nutzen. Gleichwohl setzte man sich dafür ein, dass ein Teil des Spielplatzes erhalten bleibe, für Kinder die nicht den Kindergarten besuchten.

**RH Fessel** erklärt, dass seine Fraktion dem Neubau des Kindergartens zustimmen werde. Insbesondere begrüße man, dass für die Zukunft vorgesorgt werde, indem Platz und Raum

für eine zusätzliche Kindergarten- oder Krippengruppe geschaffen werde. Anmerken wolle er aber noch, dass durch den Neubau, nach Abzug der wegfallenden Plätze in den bestehenden Kindergärten, 26 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Auch wenn zunächst keine neue Gruppe eingerichtet werde, sei seine Fraktion der Meinung, dass man hier einen Antrag auf investive Förderung beim Land stellen und nicht den eigenen Antrag vorab negativ bescheiden solle. Mehr als abgelehnt werden könne der Antrag nicht, Mittel stünden zur Verfügung und vielleicht werde der Antrag ja doch positiv beschieden. Und selbst wenn der Antrag zunächst abgelehnt werde, habe man u.U. später, wenn man die Gruppe einrichte, die Möglichkeit nachträglich noch etwas zu beantragen. Er stelle daher im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, dass der Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt wird, einen Antrag auf investive Förderung beim Land zu stellen.

**Die Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein solcher Antrag in den Fachausschuss gehöre und aus diesem Grund hier und heute nicht gestellt werden könne.

**RH Schönbohm** führt aus, dass auch seine Fraktion für den Neubau des Kindergartens stimmen werde. In den Überlegungen bezüglich des Standortes habe zunächst das Grundstück auf dem sich zurzeit das Gesundheitsamt befinde eine Rolle gespielt, der jetzige Standort sei aber auch in Ordnung. In diesem Zusammenhang sei ihnen jedoch der Durchstich von der Johannes-Brahms-Straße zur Händelstraße ein wichtiges Anliegen gewesen.

**RF Glaum** bekundet die Zustimmung ihrer Fraktion zum geplanten Neubau des Kindergartens an der Hammerschmidtstraße.

Nach kurzer weiterer Diskussion, ob und wie man den Antrag von Herrn Fessel in den Beschlussvorschlag einbringen kann, erläutert **VA Rüstmann** die Sachlage. Es bestehe zum einen die Möglichkeit der Förderung für neugeschaffene Krippenplätze. Hier sei aber eine Umschichtung von Krippenplätzen vorgesehen, so dass dieser Aspekt ausscheide. Darüber hinaus gebe es ein weiteres Förderprogramm, das darauf abziele Betreuung zu ungünstigen Zeiten zu gewährleisten. Im Wesentlichen erfolge hier die Förderung aber nur für Betriebskosten, bzw. die Einrichtung von Schlafräumen. Dies sei ein überaus komplexer Antrag, der intern besprochen worden sei, mit dem Ergebnis, dass sich, vor dem Hintergrund, wie dieser Kindergarten geplant und strukturiert sei, eine Antragstellung nicht lohne. Natürlich könne der Rat diesen Antrag stellen, aber es sei bereits im Vorfeld geprüft worden und nach Einschätzung der Verwaltung wenig erfolgsversprechend. Wenn der Rat anders beschließe, akzeptiere man das.

**RH Fessel** erläutert, dass der Rat mit dem Beschlussvorschlag eine Aufstellung erhalten habe, wie sich das in Zukunft mit den Plätzen verhalte und danach seien in der Summe 26 Plätze mehr vorhanden. Es könne sich also nicht um eine reine Umschichtung handeln.

**BGM Albers** erklärt, dass es sich bei den Krippenplätzen um eine Umschichtung handele. Bei den zusätzlichen 26 Plätzen handele es sich um Kindergartenplätze. Aus diesem Grund gebe es für diese neuen Plätze keine Förderung, da nur die Schaffung von Krippenplätzen gefördert würde. Der Rat müsse der Verwaltung zugestehen, daraufhin zuweisen, wenn es keine Aussicht auf Erfolg gebe und man mit einem Antrag unnötig Arbeitszeit vergeuden würde.

**Die Vorsitzende** über den Tagesordnungspunkt wie folgt abstimmen:

**Beschlussvorschlag:**

***Dem Neubau einer Kindertagesstätte mit drei Kindergartengruppen und einer Krippengruppe am Standort Hammerschmidtstraße 41 wird zugestimmt. Das***

**Mehrfamilienhaus Hammerschmidtstraße 41 mit derzeit vier Wohneinheiten wird entfernt. Die Verwaltung möge prüfen, ob Fördergelder beantragt werden können.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 13. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016**

**FinA Nr. 26 vom 08. Februar 2016**

**VA Nr. 70 vom 16. Februar 2016**

**Vorlage: BV/1094/2011-2016**

**BGM Albers** führt aus, dass er noch etwas nachzutragen habe, was nicht mit dem Haushalt als solches zu tun habe, und zwar eine weitere überplanmäßige Ausgabe. Im Bereich Abrechnung der Gewerbesteuerumlage sei es zu einer Überschreitung i.H.v. 20.844,00 € gekommen. Die Gewerbesteuerumlage richte sich nach dem Ist-mäßigen Eingang der Gewerbesteuerzahlung und sei gesetzlich geregelt. Insofern habe hier kein Spielraum bestanden. Die Mehrerträge bei der Gewerbesteuer betragen 124.000,00 € gegenüber dem Ansatz.

**RF Zielke** führt aus, dass der Haushalt 2016 zahlreiche neue Projekte aufweise, wie z.B. den Neubau der Turnhalle am Harlinger Weg, der auch der Sicherung des Schulstandortes diene. Auch der Neubau des Kindergartens, der vorab schon beschlossen worden sei, präge den Haushalt 2016. Unter dem von RH Janßen genannten Stichwort der Nachhaltigkeit werde ihre Fraktion noch in Kürze einen Antrag stellen, dass der Strom für den Kindergarten aus ökologischen Quellen gezogen werde, wie es das Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2012 vorgebe. Weiter zu erwähnen seien noch die Sanierung des Theaters am Dannhalm sowie der weitere Erhalt des Freibades.

Mit diesen Maßnahmen sei man sehr einverstanden und froh, dass man in der Lage sei, diese Maßnahmen in diesem Jahr durchzuführen. Das mache Jever attraktiv für Einwohner, zukünftige Einwohner und Touristen. Für diese Maßnahmen müsse die Stadt tief in die Kasse greifen. Man sei mit dem vorgelegten Zahlenwerk des Haushaltes grundsätzlich einverstanden, allerdings beantrage sie, separat über die Haushaltssatzung und den Bau der Verbindungsstraße „Hammerschmidtstraße“ abzustimmen. Ein endgültiger Beschluss über den Bau der Verbindungsstraße solle erst erfolgen, wenn der Kindergarten errichtet sei und man feststellen könne, ob überhaupt eine Notwendigkeit bestehe.

**RH Janßen** erklärt, dass die Verabschiedung des Haushaltes zu den wichtigsten Aufgaben des Rates zähle. Der diesjährige Haushalt beinhalte einen klaren und übersichtlichen Vorbericht, aus dem fast alles hervorgehe, dafür gehe sein Dank an die Kämmerei für die gute Vorarbeit. Man sei sehr froh darüber, dass sich Jever positiv entwickle, insbesondere sei er stolz, dass der Landrat am gestrigen Tage noch einmal unterstrichen habe, dass Jever als Kreisstadt eine hervorragende Willkommenskultur gegenüber den Flüchtlingen an den Tag lege.

Der Masterplan, der mit großer Mehrheit im vergangenen Jahr verabschiedet worden sei, beinhalte viele Maßnahmen, von denen einige bereits mit dem vorgelegten Haushaltsplan umgesetzt werden könnten. Steuererhöhungen seien in diesem Haushalt kein Thema, auch wenn die SWG in einem Pressebericht dies suggeriert habe, indem sie sich gegen Steuererhöhungen ausgesprochen hätten. Offiziell habe dies nie auf der Tagesordnung gestanden. Die Grundsteuern A und B blieben bei 380 Punkten ebenso stabil wie die Gewerbesteuer. Damit liege man deutlich unter den niedersachsenweiten Durchschnitt, der liege bei 447 Punkten.

Mit dem Verkehrsleitplan und dem Start des Sanierungsgebietes IV werde man die Stadt weiter voranbringen und attraktiver gestalten können. Die finanzielle Basis dafür werde mit diesem Haushaltsplan gelegt. Negativ sei, dass man das Defizit im Ergebnishaushalt nicht



habe vermindern können, es bleibe etwas auf gleicher Höhe bestehen, wie im vergangenen Jahr. Das Defizit sei u.a. dadurch bedingt, dass der Finanzausgleich vom Land geringer ausfalle und eine höhere Kreisumlage gezahlt werden müsse, obwohl diese bei 52 Punkten geblieben sei. Das liege daran, dass die Steuerkraft der Kommunen in Friesland um über 6 % gestiegen sei. Die größten Posten im Haushalt seien die Personalkosten, die Gebäudeunterhaltung, Bewirtschaftungskosten und Geschäftsausgaben.

Das wichtigste Vorhaben sei in seinen Augen der Neubau des Kindergartens, denn gute Kinderbetreuung sei wichtig und ein gutes Aushängeschild für die Stadt. Die dafür erforderliche finanzielle Kraftanstrengung sei sinnvoll und unstrittig. Auch die weitere Erschließung im Normannviertel sei eine wichtige Position im Haushalt, um Möglichkeiten für ausreichend Wohnraum zu schaffen. Die über die Ausbaurkosten hinausgehenden Einnahmen aus Grundstücksverkäufen benötige man dringend für die anstehenden Investitionen.

Wichtig seien seiner Fraktion auch die bereit gestellten Mittel für die Weiterentwicklung der Inklusion in den städtischen Grundschulen. Auch wisse man die Arbeit der Feuerwehren in Cleverns und Jever zu schätzen und wende das nötige Geld auf, damit die Ehrenamtlichen ihre Arbeit gut verrichten könnten. In diesem Zusammenhang sei seiner Fraktion ein besonderes Anliegen, den aktiven Seniorenmitglieder, die zwar nicht mehr im aktiven Feuerwehrdienst seien, aber durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit den Aktiven den Rücken frei hielten, zu entschädigen. Er wisse inzwischen, dass hierzu die Aufwandsentschädigungssatzung der Feuerwehr geändert werden müsse, insofern erübrige es sich einen Antrag zum Haushalt zu stellen. Es gehe lediglich um eine Summe von jährlich etwa 500,00 Euro, das sei nicht viel Geld und dennoch eine Anerkennung für die Arbeit der Senioren.

Außerdem sei die Anschaffung eines neuen Löschfahrzeuges für die Feuerwehr beschlossen worden. Weiterhin stünden Planungskosten für die Gebäude Milchstraße und Cleverns im Haushalt. Hier stünden lt. Masterplan in den kommenden Jahren größere Summen an.

Der Haushalt beinhalte darüber hinaus Straßensanierungskosten für die Breslauer Straße sowie eine Straße in Cleverns. Darüber hinaus könnten nun im Sanierungsgebiet IV private Maßnahmen in Angriff genommen werden, auch hierfür stünden Gelder bereit. Im Zweckverband Schloss- und Heimatmuseum sei beschlossen worden, die Schlachtmühlensanierung weiter voran zu treiben. Hierfür seien Gesamtmittel in Höhe von 80.000,00 Euro erforderlich, die mit Zuschüssen aus Sanierungsmitteln bereit stünden. Ohne Sanierungsmittel sei dies schwerer umsetzen. Auch hier müsse einmal Danke gesagt werden, für das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürger, die sich für den Erhalt dieses Wahrzeichens der Stadt einsetzten.

Für die freiwilligen Einrichtungen investiere man rund 1,86 Mio. Euro, wobei die Sanierung der Aula am Dannhalm in diesen Kosten enthalten sei. 1,93 Mio. Euro zahle die Stadt für Kindergärten und Krippen. Die Mehrkosten im Vergleich zum Vorjahr resultierten u.a. aus der Ausweitung von Öffnungszeiten, die einen Mehrbedarf an Personalkosten nach sich zögen.

Die Kreisumlage sei im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 52 Punkten, durch die gestiegene Steuerkraft der Kommunen zahle man aber in der Summe mehr als im Vorjahr. Man müsse aber auch sehen, was der Landkreis in seine Kreisstadt investiere. So seien für die Generalsanierung am Mariengymnasium Investitionen in Höhe von 4,316 Mio. Euro geplant, für die Innensanierung der BBS 2,5 Mio. Euro. Bei der FTZ seien noch einmal Investitionen von 1,4 Mio. Euro geplant und zu guter Letzt plane der Landkreis ein neues Verwaltungsgebäude in Jever, mit der großen Chance innerstädtischer Bebauung.

Froh sei er ebenfalls, dass die Baufamilienförderung beibehalten werde. Hier stünden 35.000,00 Euro zzgl. eines Haushaltsrestes i.H.v. 16.000,00 Euro aus dem Vorjahr zur Ver-

fügung. Im Bereich Wirtschaftsförderung stünde ein Betrag i.H.v. 35.000,00 Euro zur Verfügung. Man beteilige sich an der freiwilligen Wirtschaftsförderung des Landkreises.

Im Finanzhaushalt komme es zu einem ungedeckten Anteil von 647.900,00 Euro. An Krediten werde ein Betrag von über 1 Mio. Euro aufgenommen, dies sei aber mit der Kommunalaufsicht abgesprochen. Insgesamt belaufe sich der Schuldenstand zum Ende des Jahres auf ca. 5,8 Mio. Euro, das bedeute eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 400,00 Euro. Damit stehe man im Vergleich zu anderen Kommunen in Friesland gut da. Gleichwohl sei dies nichts, worauf man stolz sein müsse. Ziel müsse es trotzdem sein, den Haushalt zukünftig auszugleichen, was noch ein schwerer Weg sei. Auf der anderen Seite stünden laut dem beschlossenen Masterplan in den nächsten Jahren auch noch zahlreiche Investitionen an, die aber den Bürgern zu Gute kämen. Mit dem Masterplan sei auch die Umsiedlung des FSV Jever zur Jahnstraße beschlossen worden, ebenso wie der Neubau der Turnhalle am Harlinger Weg. Hierfür beinhalte der Haushalt entsprechende Verpflichtungsermächtigungen.

Diese Verpflichtung, das wolle er an dieser Stelle noch einmal betonen, gelte auch für den im September neu zu wählenden Rat. Zum Schluss wolle er noch einige Dinge anmerken. Ein Sorgenkind bleibe in den Augen der SPD-Fraktion die Mehrzweckhalle im Gewerbegebiet. Jahr für Jahr würden hier rote Zahlen geschrieben. Diese summierten sich von Jahr zu Jahr, so dass man dringend eine Lösung hierfür finden müsse. Weiterhin dringlich sei die, aus dem diesjährigen Haushalt gestrichene, Dachsanierung des Freibades, die im nächsten Jahr in Angriff genommen werden müsse.

Im Haushalt 2015 habe auf Initiative der SPD-Fraktion ein Betrag von 10.000,00 Euro gestanden, für die Planung eines Dorftreffs in Cleverns. Man wolle die Cleverner Dorfgemeinschaft weiter in ihrem Bemühen unterstützen. Für die Vorbereitung und Zuschussantragstellung, die bis Juni erfolgen müsse, stünden 5.000,00 Euro im Haushalt bereit, es könne also weiter geplant werden.

Zur Haushaltsverbesserung fordere seine Fraktion nach wie vor die Einführung einer Zweitwohnungssteuer. Man hoffe, dass die Verwaltung hierzu bald verlässliche Zahlen liefern werde.

Der Haushalt 2016 sei der letzte, der in dieser Wahlperiode zu verabschieden sei. Wie allen anderen Haushalten auch, werde man diesem Gesamtwerk von 239 Seiten mit einem Gesamtfinanzvolumen von rund 24 Mio. Euro zustimmen. Abschließend sei festzustellen, dass die Stadt Jever, im Gegensatz zu anderen Kommunen, nicht fremdbestimmt sei und nach wie vor finanziell voll handlungsfähig.

Seine Fraktion stimme dem Haushalt zu, habe aber noch einen Änderungsantrag. Der Antrag beziehe sich auf die politische Jugendbeteiligung in der Stadt. Hier werde seit Jahren drüber geredet, inzwischen habe ein Jugendforum stattgefunden, ein weiteres solle folgen; es komme also Bewegung in die Sache. Er beantrage daher 1.000,00 Euro in den Haushalt einzustellen, als Zeichen, dass man einer politischen Jugendbeteiligung positiv gegenüber stehe.

**RH Schönbohm** erklärt, dass er das Ansinnen der Grünen-Fraktion nicht nachvollziehen könne. Der Durchstich gehöre für seine Fraktion untrennbar zum Bau des Kindergartens hinzu. Werde dieser nicht beschlossen, könne seine Fraktion dem Haushalt, dem man ansonsten – zwar mit Magenschmerzen an einigen Stellen - zugestimmt hätte, nicht zustimmen.

Bei einige Themen sei man in der Fraktion zwiespalten, auch für den Kämmerer sei es sicher nicht ganz einfach gewesen, diesen Haushalt vorzulegen, weise dieser doch zum wiederholten Mal ein Defizit in Höhe von einer knappen Million Euro aus. Zugutehalten müsse man ihm, dass der Haushalt im Wesentlichen das umsetze, was ohnehin vom Rat längst

beschlossen worden sei, da bleibe natürlich wenig Spielraum, an irgendeiner Stelle etwas einzusparen. Auch wenn seine Fraktion nicht allen diesen Maßnahmen zugestimmt habe, müsse man das zur Kenntnis nehmen, dass diese nun umgesetzt würden. Das sei kein Grund für seine Fraktion den vorliegenden Haushalt mit einem Umfang von 24 Mio. Euro komplett abzulehnen.

Die Frage, die sich stelle, sei, wie es zukünftig weitergehen solle. Im nächsten Jahr stünden weitere kostenintensive Maßnahmen an. Fragwürdig sei, wenn es der Stadt in Zeiten guter Steuereinnahmen nicht gelinge einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wie es erst werden solle, wenn die Zeiten wieder schlechter würden. Bei diesen Gelegenheiten käme dann gerne das Thema Steuererhöhungen zur Sprache, in dem man aber auch kein Allheilmittel sehe. Denn wie man am vorliegenden Haushalt sehe, führten Zuwächse bei der Gewerbesteuer und an anderer Stelle dazu, dass Schlüsselzuweisungen des Landes sinken und auf der anderen Seite die Kreisumlage steige. Insofern seien Steuererhöhungen ein Nullsummenspiel zulasten der Bürger.

Hier wäre es, wenn es auch nicht Aufgabe des Rates sei, über eine andere Verteilung der Gemeinschaftssteuern in Deutschland nachzudenken. Ansonsten bleibe dem Rat nur, über die Notwendigkeit von Ausgaben zu entscheiden, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten. Versuche hierzu seien jedoch, wie man im vergangenen Jahr gesehen habe, aufgrund von wechselnden Mehrheiten gescheitert. Seine Fraktion werde dennoch dem Haushalt, wenn der Beschluss so gefasst werde, wie er vorliege, zustimmen.

**RF Glaum** erklärt, dass der Neubau des Kindergartens ohne diese neue Stichstraße geplant worden sei. Auch als dies später besprochen worden sei, sei ihre Fraktion nicht dafür gewesen. Man sei der Meinung, diese Straße sei entbehrlich und stelle eine zusätzliche Ausgabe dar, die man sich sparen könne. Einzugsbereich für diesen Kindergarten sei auch das Normannenviertel. Kinder aus diesem Bereich könnten einfacher und bequemer zu Fuß oder mit dem Fahrrad dort hingebacht werden. Sie gehe davon aus, dass die Belastung nicht so groß sei, als dass die Hammerschmidtstraße diese nicht aufnehmen könne. Wenn es sich später zeige, dass der Verkehr doch über dem Zumutbaren liege, dann könne man die Straße immer noch zu einem späteren Zeitpunkt bauen. An anderen Stellen, wo gebaut werde, werde auch keine Verkehrsumgehung gebaut und die Anwohner müssten mit dem Verkehr leben.

**RH Hartl** bedankt sich zunächst für die umfangreichen Ausführungen von RH Janßen. Ein wichtiger Aspekt, den er ausgeführt habe, sei, dass man im Gegensatz zu anderen Kommunen nicht fremdbestimmt sei. Gleichwohl wisse man, wie die Haushaltsgenehmigungen der beiden letzten Jahre ausgesehen hätten. Der Landkreis habe der Stadt 2014 die gelbe Karte gezeigt, 2015 sei es schon die gelb-rote Karte gewesen.

Im Vorfeld wolle er sich bei der Verwaltung für die gute Vorarbeit zum Haushalt 2016 bedanken. Es sei geschickt gewesen, den Masterplan vorab zu verabschieden, so dass man, neben den großen Pflichtaufgaben, die Dinge auf die Schiene gebracht habe, die man in 2016 umsetzen wolle. Diese Maßnahmen seien bereits mit der Kommunalaufsicht abgesprochen und genehmigt. So wisse man bereits im Vorfeld, dass dies nicht bei der Haushaltsgenehmigung moniert werde. Das führe dazu, dass die Haushaltsdebatte weitestgehend harmonisch verlaufe. Allerdings verstehe er das Ansinnen der Grünen nicht, jetzt einen solchen Antrag zur Haushaltssatzung zu stellen. Es sei im Vorfeld nicht nur über den Neubau des Kindergartens, sondern genauso über die Verkehrsführung diskutiert worden. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Stichstraße notwendig sei und deswegen werde die FDP dem Haushalt in Form des vorliegenden Beschlusses zustimmen.

**RH Harms** führt aus, dass man die Örtlichkeit kennen müsse, um die Verkehrssituation an der Hammerschmidtstraße beurteilen zu können. Er wohne dort seit über 50 Jahren. Die

Straße sei relativ eng und nicht für den Schwerlastverkehr gebaut und es gehe ja auch um den Baustellenverkehr. Es gebe nur einen Gehweg und dieser würde stark frequentiert, insbesondere auch von Kindern, die aus dem Normannenviertel zu den Schulen laufen. Aus Sicherheitsgründen sei damals an der Ziegelhofstraße eine Lichtsignalanlage aufgestellt worden. Nun werde ein neuer Kindergarten mit 80 Plätzen gebaut und die Erfahrung bei den anderen Kindergärten zeige, dass die meisten Eltern, zumal bei schlechtem Wetter, ihre Kinder mit dem PKW brächten. Das bedeute, dass die Autos 2-mal zum Kindergarten hin und auch wieder zurück fahren. Die Straße sei aber so eng, dass es schon jetzt zu Problemen mit den großen Versorgungsfahrzeugen (Müllabfuhr etc.) komme. Wenn dort andere Fahrzeuge parken, müssen diese oft warten, bis sie passieren können. Das seien die bestehenden Probleme und die würden durch die Baumaßnahme und den Verkehr nach Inbetriebnahme des Kindergartens deutlich verschärft werden. Aus diesem Grund sei der Stichweg insbesondere für die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer notwendig.

**RH Husemann** äußert sich ebenfalls zustimmend zum vorgelegten Zahlenwerk. Er sei froh, dass der Haushalt im Wesentlichen unstrittig sei, denn wenn man bereits über einen von allen Seiten positiv bewerteten Haushalt 25 Minuten debattiere, dann sei er froh, dass man keinen strittigen Haushalt vorliegen habe. Das Zahlenwerk sei von der Verwaltung gut vorbereitet, man habe politisch seine Hausaufgaben gemacht, es sei jetzt nur noch über die beiden Änderungsanträge zu befinden und dann habe man ruckzuck diesen Tagesordnungspunkt erledigt.

**Die Vorsitzende** lässt sodann über den Antrag der Grünen, den Bau der Stichstraße aus dem Haushalt herauszunehmen, abstimmen:

Mehrheitlich abgelehnt: 2 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

**Die Vorsitzende** lässt über den Antrag der SPD, 1.000,00 Euro für das zukünftige Jugendparlament/Jugendforum in den Haushalt einzustellen, abstimmen:

Mehrheitlich angenommen: 18 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen:

### **Beschlussvorschlag:**

***Der Haushaltsentwurf 2016 wird als Satzung beschlossen.***

***Zusätzlich werden die Auszahlungen für den Bau einer Verbindungsstraße zwischen Hammerschmidtstraße und Händelstraße in den Haushalt aufgenommen. Die Gegenfinanzierung erfolgt über eine entsprechende Erhöhung des Darlehens.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 22 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

### **TOP 14. Haushaltssicherungskonzept 2016**

**FinA Nr. 26 vom 08. Februar 2016**

**VA Nr. 70 vom 16. Februar 2016**

**Vorlage: BV/1095/2011-2016**

**RH Janssen** führt aus, dass er das Haushaltssicherungskonzept 2016 weniger kritisch sehe, als das aus dem Vorjahr. Damals sei es ein Konzept aus 30 Einzelmaßnahmen gewesen. In diesem Jahr seien auch keine gravierenden Einschnitte bei Kindern und Jugendlichen vorgesehen, weshalb man im Vorjahr die Zustimmung zum Konzept verweigert habe. Diesmal seien 6 Maßnahmen vorgesehen. Zum einen die Erhöhung der Vergnügungssteuer von 12

auf 15 %, des Weiteren die Einführung einer Zweitwohnungssteuer, bei dieser Forderung lasse seine Fraktion nicht locker.

Weiterhin habe die SPD-Fraktion, als einzige im Rat, die 15 Spielplätze in der Stadt unter die Lupe genommen. Durch Umwandlung von Spielplätzen sollen lt. Verwaltung in diesem Jahr 20.000,00 Euro, ab 2017 35.000,00 Euro eingespart werden. Hier bedürfe es aber jeweils separater Entscheidung, auf die er sehr gespannt sei. Sollte die Verwaltung vorschlagen, die Hälfte davon stillzulegen und in Bauland umzuwandeln, werde seine Fraktion hier nicht zustimmen. Natürlich sei man kompromissbereit, aber es sei Ihnen ein Anliegen einen Großteil der Spielplätze zu erhalten.

Insgesamt komme an Einsparungsvorschlägen eine Summe von 92.500,00 Euro zusammen. Das sei ein kleiner Schritt, im Hinblick auf ein Defizit in Höhe von fast 1 Mio. Euro. Aber die Kommunalaufsicht fordere nun einmal dieses Konzept, angesichts des unausgeglichene Haushaltes. Seine Fraktion könne diesem Konzept so zustimmen, wenngleich das Ziel in den kommenden Jahren sein müsse, die Einnahmen zu verbessern. Im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit könne man nicht immer mehr Schulden machen und diese zukünftigen Generationen aufbürden.

**RH Schönbohm** widerspricht Herrn Janßen. Er habe das Konzept des vergangenen Jahres als wesentlich realistischer empfunden. Es habe 30 Punkte enthalten, die man hätte umsetzen können, wenn man gewollt hätte. Das diesjährige Haushaltskonsolidierungskonzept sei doch sehr übersichtlich. Er könne den Kämmerer durchaus verstehen, er müsse etwas vorgelegen, dazu sei die Stadt verpflichtet. Aber die vorgesehenen Maßnahmen seien doch z.T. sehr zweifelhaft. Bei der Einführung der Zweitwohnungssteuer handele es sich nur um einen Prüfungsauftrag. Man könne nicht davon ausgehen, dass das in diesem Jahr irgendwelche Mehreinnahmen bringe.

Weder sei die Spielplatzfrage geklärt, noch seien lt. Kämmerei Fälle in Sicht, bei denen die Wiederbesetzungssperre greife und zu Einsparungen führen könne. Daher sei die Zahl von 92.500,00 Euro eine reine Phantomzahl. Es sei klar, man müsse etwas machen, aber es bleibe letztlich nur die Gebührenerhöhung für die Kleinkläranlagen und diese Erhöhung sei nicht gerade unerheblich. Insgesamt seien die aufgeführten Maßnahmen in seinen Augen ein bisschen spärlich.

**RH Udo Albers** führt aus, dass die Erhöhung der Gebühren für Kleinkläranlagen vor allem Hauseigentümer im Außenbereich treffe, die nicht an die Kanalisation angeschlossen seien. Diese sollen lt. Konsolidierungskonzept in diesem Jahr 15.000,00 Euro und ab dem kommenden Jahr 20.000,00 Euro zum Ausgleich des Haushaltes beitragen. Laut Auskunft von Herrn Rüstmann gebe es in Jever rund 250 Kleinkläranlagen, es könne sich jeder ausrechnen, dass die Belastung für den Einzelnen nicht unerheblich sei. Außerdem sei dieser Posten in seinen Augen nicht ganz schlüssig.

Auf seine Frage, was erhöht werden solle, sei ihm geantwortet worden, dass die Fäkal-schlammabfuhr betroffen sei. Hierbei würden Kosten von 8.000,00 Euro anfallen. 2.100,00 Euro zzgl. fiktive städtische Personalkosten seien derzeit nicht gedeckt. Wenn nun in diesem Jahr 15.000,00 Euro und in den Folgejahren 20.000,00 Euro zusätzlich erhoben werden sollen, erscheine ihm dies angesichts der anfallenden Kosten als sehr fragwürdig. Er beantrage, dass dieser Posten aus dem Haushaltssicherungskonzept herausgenommen werde und die Angelegenheit im zuständigen Ausschuss vernünftig vorberaten und mit den richtigen Zahlen dann abgestimmt werde.

**VA Rüstmann** führt aus, dass natürlich geprüft werden müsse, in welchem Umfang die Gebühr zu erhöhen sei. Ob nach der Kalkulation 10.000,00 Euro oder 15.000,00 Euro Mehreinnahmen rein kämen, könne man vorab nicht sagen. Aber man müsse auch bedenken, dass

die Gebühr seit Jahren nicht angepasst worden sei und man eine Unterdeckung habe, die in die neue Gebühr einfließen werde. Das geschehe nach Recht und Gesetz und er gebe zu bedenken, dass die Kleinkläranlagenbetreiber dennoch günstiger führen, als jemand, der an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sei. Es sei nicht einzusehen, dass Hauseigentümer im Außenbereich über den städtischen Haushalt was den Fäkalschlamm angehe, subventioniert würden. Es solle nur das umgelegt werden, was an Kosten entstehe, da könne keiner etwas gegen haben. Es sei keine willkürliche Steuererhöhung, sondern eine nachgezogene Anpassung an die Kosten.

(RH Husemann verlässt die Sitzung.)

**RH Udo Albers** hakt nach, was dann eine Gebühr, die vom Grundsatz her kostendeckend erhoben werden solle, in einem Haushaltssicherungskonzept zu suchen habe. Das sei für ihn nicht schlüssig. Außerdem müsse er der Aussage von Herrn Rüstmann widersprechen, dass die Betreiber von Kleinkläranlagen durch den städtischen Haushalt subventioniert würden. Der Betrieb von Kleinkläranlagen sei mit erheblichen Kosten verbunden. Das fange beim Aufbau der Anlage an, außerdem bestehe die Verpflichtung, die Anlagen regelmäßig auf den neuesten Stand der Technik nachzurüsten und sie würden 1-2mal pro Jahr kostenpflichtig überprüft.

**RH Janßen** erklärt, dass mit dem Haushaltssicherungskonzept von 2015 die Anpassung der Gebühren bei den Kleinkläranlagen im Prinzip schon beschlossen sei. Auch wenn die Mehreinnahme für 2015 mit 0,00 Euro beziffert wurde, so stehe darin für 2016 eine Mehreinnahme in Höhe von 10.000,00 Euro, der Beschluss wurde also schon im vergangenen Jahr gefasst. Gebühren seien kostendeckend zu erheben, darauf müsse sich der Rat verlassen können. Dennoch sei klar, dass man damit kein Geld verdienen könne, sondern lediglich eine Deckung der Kosten anzustreben sei.

**Die Vorsitzende** fragt nach, ob RH Albers seinen Antrag aufrecht erhalte. Nachdem dies von ihm bejaht wird, lässt die Vorsitzende über den Antrag, die Gebührenanpassung bei den Kleinkläranlagen aus dem Haushaltssicherungskonzept herauszunehmen, abstimmen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschlussvorschlag:**

***Dem Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes 2016 wird zugestimmt.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 16 Nein 7 Enthaltung 0

**TOP 15. Produktbuch der Stadt Jever; Änderung zum 01.01.2016**

**FinA Nr. 26 vom 08. Februar 2016**

**VA Nr. 70 vom 16. Februar 2016**

**Vorlage: BV/1091/2011-2016**

Ohne Diskussion beschließt der Rat der Stadt Jever:

**Beschlussvorschlag:**

***Der vorstehenden Fortschreibung des Produktbuches der Stadt Jever wird zugestimmt.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0  
**TOP 16. Festlegung von Verkaufspreisen für städtische Grundstücke;  
Antrag der SWG-Fraktion vom 1. Dezember 2015**

**FinA Nr. 26 vom 08. Februar 2016  
VA Nr. 70 vom 16. Februar 2016  
Vorlage: AN/1082/2011-2016**

Ohne Diskussion beschließt der Rat der Stadt Jever:

***Der Antrag auf Festsetzung einheitlicher Preise für Grundstücke bis 100 m<sup>2</sup> wird abgelehnt.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 16 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0  
**TOP 17. Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen  
durch den Rat**

**VA Nr. 69 vom 2. Februar 2016  
Vorlage: BV/1087/2011-2016**

**Die Vorsitzende** führt aus, dass die Stadt eine Spende in Höhe von 5.000,00 Euro für soziale Zwecke von der Philipp-Orth-Stiftung erhalten habe. Ohne Diskussion beschließt der Rat der Stadt Jever:

**Beschlussvorschlag:**

***Die für die Stadt Jever eingegangene Spende in Höhe von 5.000,00 Euro wird gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG entsprechend der beigefügten Anlage angenommen.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0  
**TOP 18. Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung**

**Die Vorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Ratssitzung um 20.27 Uhr.

**RH Wilhelmi** verlässt kurzzeitig die Sitzung und kehrt zu TOP 21 zurück.

Genehmigt:

Elke Vredenburg

Vorsitzende/r

Jan Edo Albers

Bürgermeister

Heiko Steenker

Protokollführer/in